

Berlin, 21. Februar 2023

Pressemitteilung

GewerkschaftsGrün kritisiert einschüchternden Brief der Evangelischen Kirche und formuliert klare Forderungen

Laut Berichten des SWR hat die Evangelische Kirche der Pfalz den Beschäftigten von Kindertageseinrichtungen mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen gedroht, falls sie im Rahmen der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst an Streiks teilnehmen sollten. Darauf reagiert der Bundesvorstand von GewerkschaftsGrün nun mit deutlicher Kritik: „Ein Arbeitgeber, der einen Streikaufruf für rechtswidrig hält, kann das vor dem Arbeitsgericht mit der Gewerkschaft klären. Das ist hier nicht geschehen.“ Streikwilligen bei einem rechtmäßigen Streik mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen zu drohen, sei dagegen nicht akzeptabel, erst recht nicht für die Kirche. GewerkschaftsGrün gehe davon aus, dass es sich bei diesem Brief nicht um einen Einzelfall handle und verweist auf entsprechende Berichte der Gewerkschaft ver.di.

Mit den streikenden kirchlichen Beschäftigten erklärt sich GewerkschaftsGrün solidarisch und gratulieren ihnen zu ihrem Mut, sich von solchen Drohungen nicht einschüchtern zu lassen und sich stattdessen für die dringend erforderliche bessere Bezahlung in Kindertageseinrichtungen und dem gesamten öffentlichen Dienst einzusetzen.

Gegenüber der Evangelischen Kirche der Pfalz formuliert GewerkschaftsGrün die Erwartung, dass sie den Brief zur Einschüchterung zurückziehe und das Streikrecht respektiere. Mit Blick nach Berlin ermutigt GewerkschaftsGrün die Bundestagsfraktion der Grünen, die im Koalitionsvertrag der Ampelkoalition vereinbarte Überprüfung des kirchlichen Arbeitsrechts und die Angleichung an das staatliche Arbeitsrecht entschlossen voranzutreiben. „Der Brief der Evangelischen Kirche Pfalz zeigt klar und deutlich, wie hoch der Handlungsbedarf ist“, so GewerkschaftsGrün abschließend.

GewerkschaftsGrün ist ein Zusammenschluss gewerkschaftlich orientierter Grüner und grünennaher Gewerkschafter*innen. 2001 gegründet, verfolgt GewerkschaftsGrün das Ziel, soziale Themen in der Partei und ökologische Themen in den Gewerkschaften voran zu treiben.